



## Antrag

der Fraktion DIE LINKE.

### **Solidarität mit den demokratischen Bewegungen weltweit/ humanitäre EU-Flüchtlingspolitik statt Festung Europa**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die aktuellen Proteste in Tunesien, Ägypten, Algerien, Iran, Libyen, Jordanien, Syrien, Saudi-Arabien, Bahrain, Oman, Sudan und im Jemen haben das Potenzial, die autoritären Gesellschaftsordnungen dieser Staaten grundlegend zu verändern. Der schleswig-holsteinische Landtag solidarisiert sich mit den demokratischen Bewegungen weltweit.
2. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und auf der europäischen Ebene dafür einzusetzen, dass Menschen, die derzeit ihre Heimat in Nordafrika verlassen oder verlassen wollen, schnell und unbürokratisch humanitäre Hilfe zu Teil wird.
3. Der schleswig-holsteinische Landtag spricht sich für ein bundesweites Resettlement-Programm aus und bekräftigt die Bereitschaft Schleswig-Holsteins zur Aufnahme schutzbedürftiger Flüchtlinge.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für die sofortige Aufnahme von Flüchtlingen nach Deutschland und für einen generellen Abschiebungsstopp in nordafrikanische Staaten und betroffene Staaten des Nahen Ostens einzusetzen.
5. Der Landtag ist der Überzeugung, dass humanitäre Probleme nicht mit militärischen Strategien gelöst werden können. Er lehnt daher den Einsatz der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX) ab. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass weder Personal noch Ressourcen für solche Einsätze zur Verfügung gestellt werden.

**Begründung:**

Seit Anfang des Jahres protestieren viele Menschen in Nordafrika und dem Nahen Osten für eine Demokratisierung ihrer Länder. Die Proteste werden von nahezu allen Schichten der Bevölkerung getragen; die Menschen fordern eine Verbesserung der Lebensbedingungen und die demokratische Öffnung der jeweiligen Systeme.

Die Regierungen von Tunesien, Ägypten, Algerien, Iran, Libyen, Jordanien, Syrien, Saudi-Arabien und sind in der Vergangenheit äußerst repressiv gegen jede Oppositionsbewegung vorgegangen. Von Versammlungs- und Koalitionsfreiheit kann in vielen der betroffenen Staaten keine Rede sein. Parteien und Organisationen wurden vielerorts verboten, tausende Menschen ohne Anklage inhaftiert und gefoltert und Demonstrationen unter Anwendung tödlicher Gewalt aufgelöst. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen weisen seit Jahren auf die schweren Menschenrechtsverletzungen hin. Die USA, Deutschland und die EU haben auf all diese Hinweise nicht reagiert und die autoritären Systeme weiterhin unterstützt.

Seit dem 12. Februar 2011 berichtet die Presse europaweit über Flüchtlinge, die aus den nordafrikanischen Ländern, speziell aus Tunesien und Libyen, nach Italien kommen. Auf der Insel Lampedusa hausen Menschen unter entwürdigenden Bedingungen in Notlagern unter freiem Himmel, zum Teil auf Sportplätzen oder auf den blanken Kaimauern des dortigen Hafens. Dies gilt es, so schnell wie möglich zu ändern.

Da die italienischen Behörden mit der Aufnahme der Flüchtlinge überfordert sind, ist zu befürchten, dass viele von ihnen kein faires Asylverfahren bekommen.

Deutschland kann jetzt zeigen, dass Solidarität zu den EU-Mitgliedern nicht nur in finanziellen Krisenzeiten besteht, sondern immer, wenn ein Mitglied dringender Hilfe bedarf, erst recht wenn es darum geht, Menschen mit solch schweren Schicksalen angemessenen Schutz zu bieten.

Mittlerweile haben viele Staaten ihre Staatsangehörigen aus Libyen evakuiert. Andere müssen bleiben oder flüchten ohne jede Hilfe von außen in die Nachbarländer. Nach Angaben der IOM flohen bisher 770.000 Menschen nach Algerien, Ägypten, Niger, Tunesien, in den Tschad und den Sudan. Der UN-Flüchtlingskommissar António Guterres appellierte an die Staaten Nordafrikas und Europas, ihre Land, Luft und Seegrenzen zu öffnen. Guterres ermahnte die Regierungen, allen Schutzbedürftigen gleichermaßen Hilfe zukommen zu lassen und auch gefährdeten Menschen aus armen und kriegszerrütteten Ländern die Möglichkeit einer Evakuierung aus Libyen zu ermöglichen.

Viele dieser Menschen waren als Gastarbeiterinnen oder Gastarbeiter in Libyen, oder weil sie vom Gaddafi-Regime aktiv an ihrer Weiterreise nach Europa gehindert wurden. Die EU hat Gaddafi viele Jahre lang unterstützt und hofiert, weil er Flüchtlinge von den europäischen Außengrenzen ferngehalten hat und ihren Mitgliedsstaaten lukrative Wirtschaftsverträge einbrachte. Nun ist sie gefordert, weiteren Schaden von diesen Menschen abzuwenden und sie in der EU aufzunehmen.

Deutschland nimmt im Vergleich zu anderen EU-Staaten verhältnismäßig wenige Flüchtlinge auf. So lag die Quote von Asylbewerbern im Jahr 2009 pro 1000 Einwohner im Bundesgebiet bei weniger als 0,5 Bewerberinnen und Bewerbern. Andere

westeuropäische Länder wie Norwegen, Belgien, Schweiz, Schweden oder Österreich weisen doppelt so hohe Quoten auf. Für Deutschland als stärkster Wirtschaftsmacht Europas ist das zu wenig. Deutschland sollte endlich ein bundesweites Resettlement-Programm auflegen. Deutschland sollte im Rahmen des Umbruchs in Nordafrika einen angemessenen Beitrag im internationalen Flüchtlingsschutz leisten.

Menschenrechts- und Flüchtlingsverbände, sowie die Oppositionsparteien im Bundestag fordern die EU zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Afrika auf. Die schleswig-holsteinische Landesregierung sollte dieser Forderung mit einer Bundesratsinitiative Nachdruck verleihen und auch der eigenen Verantwortung nachkommen und sich zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit erklären.

Heinz-Werner Jezewski  
und Fraktion